

Der Mensch im Mittelpunkt der Politik

65 Jahre Arbeitnehmergruppe

Hrsg. Werner Schreiber / Peter Weiß

Mit Beiträgen von Norbert Lammert, Kardinal Reinhard Marx u.v.m.

Königswinterer *Notizen*

Der Mensch im Mittelpunkt der Politik

65 Jahre Arbeitnehmergruppe

Hrsg. Werner Schreiber / Peter Weiß

Mit Beiträgen von Norbert Lammert, Kardinal Reinhard Marx u.v.m.

Königswinterer *Notizen*

Impressum

Königswinterer Notizen, Nr. 21, September 2017

Herausgeber: Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V., (CSP)

Werner Schreiber, Minister a.D., Vorsitzender

Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter

Redaktion dieser Ausgabe: Stefan Klinger, Daniel Müller, Karsten Matthis

Tel. 02223-73119; E-Mail info@azk.de

Internet: www.azk.de

Produktion: TiPP 4, Rheinbach

Die Ausgaben der Königswinterer Notizen erscheinen
in unregelmäßigen Abständen.

Inhalt

Vorwort

Minister a. D. Werner Schreiber, Vorsitzender der Stiftung CSP 4

Dr. Norbert Lammert MdB, Präsident des Deutschen Bundestags

Unser Sozialstaat – der deutsche Beitrag zum modernen
Staatsverständnis? 6

Kardinal Dr. Reinhard Marx

Christliche Verantwortung und Politik 9

Gerda Hasselfeldt MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe

Die Arbeitnehmergruppe – wesensnotwendiger Flügel
von CDU und CSU. 14

Nadine Schön MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Arbeit 4.0 – den digitalen Wandel gestalten 18

Elke Hannack, Stellv. DGB-Vorsitzende

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aus der Perspektive der
Beschäftigten betrachten. 22

Peter Clever

Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Sozialpartnerschaft macht stark. 26

Peter Weiß MdB

Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Politik für Wohlstand und Eigentumsbildung. 30

Vorwort von Werner Schreiber, Minister a.D., Vorsitzender der Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.



65-jähriges Bestehen der Arbeitnehmergruppe

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in unserer Reihe der „Königswinterer Notizen“ darf ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine Sonderausgabe präsentieren:

Die Ausgabe Nummer 21 der „Königswinterer Notizen“ zeichnet ein Stück deutscher Geschichte des Parlamentarismus nach. Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion hat über 65 Jahre für soziale Gerechtigkeit im Deutschen Bundestag gestritten. Die Unionsparteien CDU und CSU sind Volksparteien, die seit ihrer Gründung alle Schichten der Bevölkerung repräsentieren. In hervorragender Weise hat die Arbeitnehmergruppe mit vielen prominenten und profilierten Köpfen für die Interessen der Arbeitnehmer und sozial schwächeren Menschen erfolgreich gestritten. Die Arbeitnehmergruppe von CDU- und CSU-Abgeordneten tut dies aus christlicher Verantwortung inspiriert vom christlichen Menschenbild. In einer Volkspartei wird um den richtigen Weg gerungen. Die Arbeitnehmergruppe hat immer selbstbewusst Flagge gezeigt! Ob bei der Sozialversicherung, Arbeitnehmer-Mitbestimmung, Rente oder Pflege: Der Mensch ist wichtiger als die Sache! Jenes christliche Menschenbild sieht jede Persönlichkeit als Schöpfung Gottes mit einer unverwechselbaren Würde an. Eine menschenwürdige Arbeit und ein ausreichendes Einkommen gehören zu den Menschenrechten wie übereinstimmend die Soziallehren der Kirchen und christlich-soziale Programmatik betonen.

Als ehemaliger Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Legislaturperioden 1983 - 1990 kann ich beurteilen, wie wichtig die Initiativen, Stellungnahmen und Vorschläge der Arbeitnehmergruppe sowohl für die CDU wie für die Schwesterpartei CSU sind.

Die Arbeitnehmergruppe ist ja nicht nur Teil der gemeinsamen Fraktion von CDU und CSU, sie ist ja auch Dialogpartner für Arbeitnehmer/innen und ihren Gewerkschaften sowie Verbänden und Vereinigungen des Sozial- und Gesundheitswesens.

In den Artikeln und Beiträgen der Festschrift „65 Jahre Arbeitnehmergruppe“ wird dieses christlich-soziale Engagement deutlich. Die Geschichte der Arbeitnehmergruppe ist eine Geschichte demokratischer Streitkultur für die Christlich-Soziale Sache im Interesse der Menschen.

Allen Lesern wünsche ich eine anregende Lektüre. Peter Weiß MdB, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion, danke ich sehr herzlich für die Bereitstellung der Aufsätze prominenter Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag und eines Aufsatzes von Kardinal Reinhard Marx.

Mit kollegialen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Werner Schreiber', written in a cursive style.

Werner Schreiber, Minister a. D.
Vorsitzender der Stiftung CSP

Dr. Norbert Lammert MdB, Präsident des Deutschen Bundestags

Unser Sozialstaat – der deutsche Beitrag zum modernen Staatsverständnis?



Allen Verfassungsorganen des demokratischen Deutschland ist die überragende Bedeutung bewusst, die Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft für die innere Verfassung unseres Landes, seine Leistungsfähigkeit und seine Entwicklungsperspektiven haben. Dass sich unser Land auch und gerade ökonomisch in einer deutlich besseren Verfassung befindet als viele unserer Nachbarländer – vom Rest der Welt gar nicht zu reden –, das hat ganz wesentlich mit der gelebten, gelegentlich komplizierten, aber sehr vitalen Sozialpartnerschaft zu tun, die die Geschichte dieser Republik begleitet und geprägt hat.

Wenn es überhaupt so etwas gibt wie einen deutschen Beitrag zum modernen Staatsverständnis, dann ist es der Sozialstaat. Und bei allen Brüchen der Geschichte ist dieses Konzept nicht nur erhalten geblieben, sondern fortwährend weiter entwickelt worden. Mit dem Inkrafttreten der Rentenversicherung im Jahr 1891 wurde das fortschrittliche Fundament für die Sozialgesetzgebung in Deutschland gelegt. Im selben Jahr übrigens erklärte Papst Leo XIII. mit seiner Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ die Verpflichtung des Staates, sich für die Arbeiter einzusetzen, und billigte ihnen ausdrücklich das Recht zu, sich in Interessenvertretungen zusammen zu schließen.

1949, als der gerade gegründete Deutsche Gewerkschaftsbund aus zweifellos guten Gründen die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft eingefordert hat, erklärte der Bochumer Katholikentag: „Das Mitbestimmungsrecht gehört zu dem natürlichen Recht in gottgewollter Ordnung und ist zu bejahen wie das Recht auf Eigentum.“ Die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft hat dann tatsächlich stattgefunden – wobei die Mitbestimmungsgesetzgebung, die der erste Bundestag zum Leidwesen der Arbeitgeber auf besonderen Wunsch der Gewerkschaften nach einer hochstrittigen Auseinandersetzung im April 1951 auf den Weg gebracht hat, von zentraler Bedeutung war.

Inzwischen sind die Sozialpartner und der Gesetzgeber zunehmend mit der Frage beschäftigt, was die Technologiesprünge in der Arbeitswelt für die Zukunft der Beschäftigung eigentlich bedeuten. Die Frage hat bereits John Maynard Keynes in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts aufgeworfen und 1928 prognostiziert, dass die Menschen in 100 Jahren, – da sind wir heute ungefähr, – nur noch 15 Stunden in der Woche arbeiten würden und ihr größtes Problem dann darin bestünde, die übrige Zeit sinnvoll zu nutzen. Er sah eine „technologische Arbeitslosigkeit“ voraus, „weil unsere Entdeckung von Mitteln zur Einsparung von Arbeit schneller voranschreitet als die Fähigkeit, neue Arbeit zu finden.“ Die Arbeitszeit ist seitdem deutlich reduziert worden – aber die Vorhersage ist nicht in Erfüllung gegangen, im Gegenteil: Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist nie höher gewesen, als sie gegenwärtig ist und gleichzeitig hat sich das Arbeitsvolumen auf 59 Milliarden Stunden im Jahr ausgeweitet. Offenkundig sind die Zusammenhänge zwischen Technologie und Beschäftigung komplexer, als sie nicht nur damals, sondern auch heute eingeschätzt werden.

Drängende Fragen werfen auch eine Reihe von besorgniserregenden Erfahrungen über die Verselbstständigung von Wirtschaftssystemen im Allgemeinen und von Finanzmärkten im Besonderen auf, die wir in den letzten Jahren der Globalisierung machen mussten. Die Turbulenzen, die wir dabei beobachtet und durchgemacht haben, ruinierten nicht nur Bilanzen, sondern auch Biographien. Deswegen benötigen wir eine nüchterne Bestandsaufnahme der Architektur unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems und seiner Zukunftstauglichkeit unter den zweifellos veränderten Bedingungen von Digitalisierung und Globalisierung. In einem Positionspapier des Bundesverbands der Deutschen Arbeitgeberverbände mit dem Titel „Wirtschaft mit Werten – für alle ein Gewinn“ war der treffende Hinweis zu finden: „Gutes Wirtschaften setzt sich zusammen aus ethisch und ökonomisch richtigen Handeln.“ Was aber hat man sich unter ökonomisch vernünftigen und gleichzeitig ethisch verantwortlichen Handeln vorzustellen? Wir haben über lange Jahre den Eindruck gehabt – gerade auch im Hinblick auf unsere Sozial- und Mitbestimmungsgesetze und die Sozialpartnerschaft –, dass zwischen Ethischem und Ökonomischem kein unüberbrückbarer Graben besteht. Aber in jüngerer Vergangenheit haben wir erkennen müssen, dass sich hier tiefe Diskrepanzen auftun, und dass Vereinbarungen und neue Regeln gefunden werden müssen, um Ökonomie und Ethik stärker miteinander zu verbinden. Und wir müssen das deswegen

dringend tun, weil wir eine schleichende Veränderung der ökonomischen Grundverfassung unserer Gesellschaft erleben, auf die unsere Regelsysteme sowohl des Staates wie der Tarifpartner offenkundig nicht hinreichend eingerichtet sind.

Als Beispiel nenne ich nur die Weltfinanzkrise. Bis Mitte der 90er Jahre betrug das Weltsozialprodukt etwa 25 Billionen US Dollar. Die Summe der „synthetischen Finanzprodukte“, die wir so nennen, weil sie ohne jeden konkreten Zusammenhang mit Gütern oder Dienstleistungen entwickelt und abgewickelt werden, betrug damals rund drei Billionen US Dollar. Zwanzig Jahre später, nach der großen Weltfinanzkrise, beträgt das Weltsozialprodukt etwa 70 Billionen US Dollar, es hat sich in diesen zwanzig Jahren also etwa verdreifacht. Aber das Volumen der Finanzprodukte beträgt weltweit mehr als 600 Billionen US Dollar, es hat sich in dieser Zeit zweihundertfacht und inzwischen ist die virtuelle Wirtschaft fast 10mal so groß wie die Realwirtschaft. Eine der aus meiner Sicht unvermeidbaren Konsequenzen dieser Entwicklung ist, dass wir die Wiederherstellung staatlicher Aufsicht und staatlicher Zuständigkeit in Wettbewerbszusammenhängen brauchen, die sich längst verselbstständigt haben und zu einer Akkumulation von Risiken führen, mit denen die Verursacher nachweislich überfordert sind.

Über diese Entwicklungen neu nachzudenken ist nicht nur eine Frage an den Gesetzgeber und an die Wirtschaft. Es ist vor allem auch eine Frage an die Sozialpartner, schon gar bei dem Verständnis einer Staats- und Gesellschaftsordnung, wie wir sie gemeinsam in den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben. Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in 65 Jahren diese Sozialpartnerschaft in Deutschland mitgestaltet und mitbestimmt. Sie wird auch weiterhin an der aktiven Gestaltung der Sozialpolitik in Deutschland wesentlich teilhaben – aus christlicher Verantwortung, auf dem Boden der christlichen Soziallehre und den bewährten Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft.

Kardinal Dr. Reinhard Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz



Foto: Erzbischöfliches Ordinariat München (Fotograf: Klaus D. Wolf)

Christliche Verantwortung und Politik

Wenn man heutzutage über das Verhältnis von Christentum und Politik spricht, stößt man häufig auf zwei Meinungen oder Vorurteile, die eigentlich entgegengesetzt sind, aber trotzdem miteinander zusammenhängen:

Der eine, gerade in letzter Zeit wieder häufiger zu vernehmende Vorwurf lautet, die Kirche engagiere sich zu sehr in politischen Fragen und werde selbst zu einer Art Partei. Diese Position verkennt, dass sich die Kirche nicht etwa politisch betätigt, sondern dass sie selbst politisch ist, weil die christliche Botschaft eine politische Dimension hat. Dabei geht es der Kirche aber nicht darum, Politik zu ersetzen oder selbst Politik zu machen. Sie will vielmehr Politik möglich machen, also einen Horizont aufzeigen, der Fragen aufwirft, die vielleicht sonst nicht gestellt werden. Deshalb beansprucht die Kirche auch nicht, das größere Detailwissen und die besseren Rezepte als die Politik und die Parteien zu haben. Papst Benedikt XVI. hat das in der Enzyklika „Caritas in veritate“ so formuliert: „Die Kirche hat keine technischen Lösungen anzubieten und beansprucht keineswegs, ‚sich in die staatlichen Belange einzumischen‘. Sie hat aber zu allen Zeiten und unter allen Gegebenheiten eine Sendung der Wahrheit zu erfüllen für eine Gesellschaft, die dem Menschen und seiner Würde und Berufung gerecht wird.“ (CIV 9)

Insofern greift es zu kurz, den Platz der Kirche nur im kirchlichen Raum zu verorten. Man kann nicht einfach sagen, die Kirche sei für den Glauben und den Gottesdienst da, sie habe sich aber aus den öffentlichen Angelegenheiten herauszuhalten. Das entspricht weder der geistigen noch der rechtlichen Tradition unseres Landes, die den Kirchen und der Religion einen öffentlichen Platz zuerkennt. Wie nah die pastorale Botschaft und ihre politische Dimension liegen, verkörpert Papst Franziskus, von dem bei seiner Wahl und nach seiner Ankündigung, an die Ränder zu gehen, alle annahmen, sein Pontifikat habe nun einen eher pastoralen Ansatz. Das

stimmt auch, aber sein überaus politisches Pontifikat zeigt, wie zugleich hochpolitisch die Botschaft Jesu Christi ist.

Das andere große, immer wiederkehrende Missverständnis im Verhältnis von Christentum und Politik ist, aus der Bibel Einzelanweisungen für das politische Handeln herauslesen zu wollen. Vor allem die Forderungen der Bergpredigt verführen dazu, hieraus ein Leitbild für die Politik machen zu wollen. Im Grunde kann es keine „christliche Politik“ im Sinne eines eindeutig aus dem Evangelium ableitbaren politischen Programms geben. Damit ist aber nicht ausgesagt, dass die christliche Botschaft keine Bedeutung für die Politik besitzt. Das Evangelium gibt Richtungen an und zeigt, von welchem Standpunkt aus man die politische Gestaltung der Welt in den Blick nimmt.

Die praktischen Folgen hat Papst Franziskus mit dem Wort der „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ aufgezeigt, das er am 8. Juli 2013 bei seiner Reise auf die Mittelmeerinsel Lampedusa geprägt hat. Wie der barmherzige Samariter aus dem Lukas-Evangelium nicht an dem am Wegesrand liegenden, von Räubern überfallenen Mann vorbeigehen konnte, sondern ihm helfen musste, so gilt es auch heute der Versuchung von Gleichgültigkeit im politischen Handeln zu widerstehen. In der Soziallehre gilt dieses Gleichnis vom barmherzigen Samariter zwar als Beispiel dafür, dass eine caritative Zuwendung zum Einzelnen nicht ausreicht, sondern dass es auch gerechte Strukturen (um im Bild des Gleichnisses zu bleiben: sicherere Straßen) braucht. Im Umkehrschluss genügt es aber auch nicht, sich nur für eine gute Ordnung einzusetzen, man muss sich auch vom Leid anderer berühren lassen. Beides ist in der Politik erforderlich: der Einsatz für gerechte Strukturen und die Zuwendung zum Einzelnen. Im Übrigen gilt die Diagnose einer „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ nicht nur für Lampedusa, sondern im Sinne der Ränder, an die uns Papst Franziskus zu gehen auffordert, überall. Genau diese Situationen, wo es der Gleichgültigkeit gegenüber den Ausgegrenzten, den Marginalisierten, den Namenlosen, zu widerstehen gilt, sind Praxisfelder einer Politik, die sich von christlichen Werten leiten lässt.

Das Gegenstück zur Gleichgültigkeit bildet die Solidarität. Denn wo Solidarität herrscht, wird der Gleichgültigkeit eine Grenze gesetzt. Verantwortliches Handeln aus christlicher Perspektive bedarf aber auch der Freiheit, denn nur in Freiheit kann man Verantwortung übernehmen und sich für das Gute entscheiden. Mit der Ausrichtung an den Grundwerten der menschlichen Freiheit und der Bereitschaft zur Solidarität wird der Weg

zum christlichen Menschenbild gewiesen. Das christliche Menschenbild ist eine Art Kompass, an dem sich Politik ausrichten kann. Allerdings ist auch die Orientierung am christlichen Menschenbild kein Rezeptbuch für jedes politische Handeln, das Lösungen für bestimmte Sachfragen zur Hand gibt. Es bleibt dabei, dass es keine christliche Politik, sondern nur Politik auf der Grundlage des christlichen Glaubens und des christlichen Menschenbildes geben kann. Aber es gibt eine Politik, die an den Grundoptionen des Evangeliums nicht vorbeigeht.

Hier setzt die Verantwortung der Laien an. Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil ist der mündige Laie Leitbild für das Verhältnis der Kirche zur Welt. So wird in Nummer 43 der Pastoralkonstitution „*Gaudium et spes*“ auf die besondere Rolle der Laien verwiesen, die „eigentlich, wenn auch nicht ausschließlich, zuständig [sind] für die weltlichen Aufgaben und Tätigkeiten“. Wie das Zweite Vatikanische Konzil lehrt, sollen Christen ein Vorbild dafür sein, wie man pflichtbewusst handelt und sich für das Gemeinwohl einsetzt. Dabei zollt die Kirche denjenigen, „die sich zum Dienst an den Menschen für das Wohl des Staates einsetzen und die Lasten eines solchen Amtes tragen, Anerkennung und Achtung“ (GS 75). Und im Hinblick auf die Grundsätze von Freiheit und Solidarität sprechen die Konzilsväter davon, dass die Christen, die sich in politische Ämter rufen lassen, „durch ihre Tat zeigen [sollen], wie sich Autorität mit Freiheit, persönliche Initiative mit solidarischer Verbundenheit zum gemeinsamen Ganzen, gebotene Einheit mit fruchtbarer Vielfalt verbinden lassen“ (GS 75).

Die Kirche ist in der modernen Gesellschaft nur insoweit gegenwärtig und wirksam, als „das Zeugnis der Christen“ reicht (GS 76). Fehlt dieses Zeugnis, so berührt dies auch den Stellenwert von Glauben und Kirche in einer Gesellschaft. Wie „der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen [lebt], die er selbst nicht garantieren kann“, wie dies Ernst-Wolfgang Böckenförde in seinem berühmten Diktum vor 50 Jahren ausgedrückt hat, so ist auch die Kirche in Bezug auf ihre gesellschaftliche Relevanz davon abhängig, dass sich christliche Laien im Staate engagieren und auf diese Weise die Werte des Christentums in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens vorleben. Im Apostolischen Schreiben „*Evangelii gaudium*“ hat Papst Franziskus die Politiker positiv herausgestellt – ein Urteil, das sich wohltuend abhebt von der heute sich verbreitenden Diffamierung derjenigen, die sich für das Gemeinwesen einsetzen. Der Papst schreibt: „Ich bitte Gott, dass die Zahl der Politiker zunimmt, die

fähig sind, in einen echten Dialog einzusteigen, der sich wirksam darauf ausrichtet, die tiefen Wurzeln und nicht den äußeren Anschein der Übel unserer Welt zu heilen! Die so in Misskredit gebrachte Politik ist eine sehr hohe Berufung, ist eine der wertvollsten Formen der Nächstenliebe, weil sie das Gemeinwohl anstrebt.“ (EG 205)

Die Mündigkeit der Laien ist unvollständig, wenn nicht zugleich auch eine gesellschaftliche Pluralität zur Anerkennung kommt: Aus diesem Grund betont „Gaudium et spes“, dass „niemand das Recht hat, die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen“. (GS 43) In dieser Formulierung kommt die Anerkennung einer innerkirchlichen Meinungsvielfalt in den Fragen der Welt zum Ausdruck, die heute das Verhältnis zwischen den politischen Parteien und der Kirche bestimmt. Viele Programmpunkte und Entscheidungen einer politischen Partei erscheinen heute im Licht der katholischen Glaubens- und Sittenlehre „indifferent“. Hier gilt, an die Mahnung des Zweiten Vatikanischen Konzils zu erinnern, dass es „in Fragen der Ordnung irdischer Dinge“ auch unter Christen „berechtigte Meinungsverschiedenheiten“ geben kann (GS 75).

Welche Verpflichtung beinhaltet dann in einer pluralen Gesellschaft und in einem säkularen Staat das „C“ für eine Partei? Eine politische Partei ist keine kirchliche Einrichtung, sondern dem Wohl des ganzen Volkes verantwortlich. Wenn sie sich „christlich“ nennt, so bedeutet das nicht kirchliche Bevormundung oder unreflektierte Verpflichtung auf die Verkündigung der Kirchen (die ja auch nicht immer einheitlich ist). Das „C“ ist vielmehr das Bekenntnis zur christlichen Wertefundierung der eigenen Politik. Die Herausforderungen, die sich der Politik stellen, sind ja nicht spezifisch christlich. Anders verhält es sich mit den Antworten darauf. Orientiert sich die Politik an christlichen Werten bzw. am christlichen Menschenbild, dann gewinnen auch die Lösungen einen spezifisch christlichen Charakter. Viele Konfliktfelder zwischen den christlichen Werten und dem politischen Handeln beruhen auf der unterschiedlichen Reichweite ihrer Handlungsperspektive. Während die christlichen Werte allgemeingültig sind, also in einem universalen Horizont stehen, liegen die Handlungsfelder der Politik in der Regel eher im Nahbereich, in Bezug auf konkrete Aufgabenfelder des politischen Raums, deren Bewältigung pragmatische Lösungsansätze erfordern. Genau in diesem spannungsreichen Verhältnis, in der Transformation christlicher Grundsätze in politische Lösungen, liegt die unverzichtbare

Aufgabe der christlichen Politiker und Parteien. Auf jeden Fall ist die bewusste Orientierung am christlichen Wertekanon ein hoher Anspruch, der immer neu einzulösen ist. Ich bin dankbar für jeden Christen und jede Christin, die sich in diesem Sinn politisch engagieren zum Wohl aller Menschen.

Der Beitrag wurde zuerst abgedruckt in: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (Michael Grosse-Brömer MdB / Max Straubinger MdB): Kompass „C“. Das christliche Menschenbild als Grundlage für die Politik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Berlin 2017, S. 7-12.

Gerda Hasselfeldt MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU- Bundestagsfraktion, Vorsitzende der CSU Landesgruppe



Die Arbeitnehmergruppe – wesensnotwendiger Flügel von CDU und CSU

Politische Meinungen sind im Ausgleich aller Interessen zu bilden. Reine Klientelpolitik hat dabei keinen Platz. Das gilt umso mehr für die Arbeitswelt. Denn: Unternehmer und Arbeitnehmer stellen eine Einheit dar. Nur zusammen können sie dauerhaft wirtschaftliche Erfolge garantieren und zu allgemeinem Wohlstand in der Gesellschaft führen.

Nicht immer und überall sah und sieht man diese Gemeinsamkeit so. Und auch heute halten noch manche die Fürsorge in und für eine Gesellschaft für sozialromantisch – genauso wie ein Eintreten für ein Miteinander in Unternehmen. „Jeder ist seines Glückes Schmied“ und „Wenn jeder an sich denkt, ist an jeden gedacht“ sind nur zwei Äußerungen, die man wiederholt hört, gerade in der sogenannten New Economy. Diese Aussagen spiegeln Ideen wider, wonach die Unternehmer als Arbeitgeber schon am besten wüssten, wie sie ihre Ziele erreichen. Zugleich müssten nur die Arbeitnehmerrechte auf ein Minimum reduziert werden, damit Unternehmen in einem freien Raum der Kräfte florieren könnten. Unternehmen funktionieren aber nicht ohne die Menschen, die an verschiedensten Stellen für diese arbeiten. Unternehmen, Unternehmer und Arbeitnehmer verbindet also ein gemeinsames Ziel: Der Erfolg, der die jeweilige Existenz sichert und den Wohlstand der Gesellschaft nährt. Ein freies Spiel der Kräfte kann und darf es hierbei nicht geben. Es gilt einen Rahmen zu setzen, in dem alle auf Augenhöhe miteinander agieren können.

Schauen wir in die Vergangenheit: In den Zeiten des Umbruchs von der bäuerlich geprägten Wirtschaft hin zu einer arbeitsteiligen Welt ab Mitte des 19. Jahrhunderts gab es noch nicht das eben beschriebene Zusammenwirken auf Augenhöhe. Die Industrialisierung führte zwar zu einer enormen

Zunahme von Arbeitsmöglichkeiten, die Form der Lohnarbeit mit ihrer Abhängigkeit vom Unternehmer bedeutete allerdings eine totale Um- und Neugestaltung der Arbeitswelt. In Verbindung mit dem rasch ansteigenden Bevölkerungswachstum und sozialen Veränderungen, wie zum Beispiel der Aufhebung bäuerlicher Abhängigkeiten sowie der Auflösung der Zünfte in Stadt und Land, wurden neue Gewerbeordnungen eingeführt. Menschliche Arbeit wurde zu einer Ware, die den Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage unterlag. Die Unternehmer entschieden nach Gutdünken über die Höhe der Löhne, die schließlich gar unter das Existenzminimum gedrückt wurden. Einziges Kriterium für den wirtschaftlichen Erfolg war in dieser Zeit die Rendite des eingesetzten Kapitals.

Es blieb Raum für die christliche Soziallehre als notwendige Reaktion auf die schrankenlosen Zustände. Mitte des 19. Jahrhunderts waren der evangelische Christ Johann Hinrich Wichern und der katholische Priester Adolph Kolping Wegbereiter für eine „Sozialpolitik von unten“. Wichern hat dazu beigetragen, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf neue Beine zu stellen. Er wollte keinen christlichen Staat, aber eine durch soziales und politisches Engagement geprägte Gesellschaft – gemäß den christlichen Werten. Auf politischer Ebene hat er durch Kontakte zu einflussreichen Personen in Politik und Wirtschaft nicht zuletzt auch die Sozialpolitik von Bismarck indirekt beeinflusst und damit erst möglich gemacht. Kolping hat vor allem durch seine Impulse für die Entstehung des katholischen Verbandswesens die kirchliche und sozialpolitische Entwicklung in Deutschland maßgeblich beeinflusst. Die Schrift „Rerum novarum“ („Über die neuen Dinge“) aus dem Jahre 1891 ist das erste päpstliche Rundschreiben zur Arbeiterfrage und das grundlegende Dokument der katholischen Soziallehre, das der Mainzer Arbeiterbischof Wilhelm von Ketteler angebahnt hatte. Verfasst vor dem Hintergrund der Industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts, setzt sich „Rerum novarum“ auf neue Weise mit den sozialen Verwerfungen des Sozialismus und des Liberalismus auseinander. In „Rerum novarum“ beklagt der Papst eine oft sklavenähnliche Lage der Arbeiterschaft. Zugleich wendet er sich aber gegen den Klassenkampf und plädiert für eine Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Er verteidigt das Privateigentum, betont jedoch dessen Sozialverpflichtung. Weitere zentrale Forderungen sind gerechte Löhne und staatlicher Schutz für Arbeitnehmer. Forderungen, die heute so aktuell sind wie damals.

Die christlichen Grundlagen einer sozialen Marktwirtschaft waren gelegt. Noch heute zeichnen sie Deutschland aus. Sie lässt zum einen erfolgreichem wirtschaftlichem Handeln freien Raum, zugleich gilt es, den sozialen Ausgleich zu beachten, der vor allem von zwei Dingen gestaltet ist: von guten Arbeitsbedingungen und von guten Löhnen. Erfolgreiches Unternehmertum und eine gerechte Arbeitswelt sind zwei Stränge, die nur gemeinsam zum Erfolg führen: zu mehr Wohlstand einer Gesellschaft in sozialem Frieden.

Prägend ist dieser Ausgleich für die beiden christlichen Volksparteien CDU und CSU. CDU und CSU sind eben keine Klientelparteien, die nur eine Seite in den Vordergrund stellen, entweder die Arbeitgeber oder die Arbeitnehmer. CDU und CSU treten für soziale Rechte und Mitwirkung ein, zugleich wollen sie aber auch den unternehmerischen Erfolg. Denn soziale Gerechtigkeit ist ein zutiefst christliches Anliegen. Beide Parteien wollen eine Gesellschaft, in der der Staat einen Ordnungsrahmen setzt, um faire Wettbewerbsbedingungen zu erzielen. Gleichzeitig soll aber dem Einzelnen die Freiheit gelassen werden, wirtschaftliche Entscheidungen eigenständig zu treffen. Bereits bei ihrer Gründung wollten CDU und CSU sich nicht als Partei im klassischen Sinne sehen. Vielmehr waren beide Parteien ein Zusammenschluss des politischen Katholizismus und der protestantisch konservativen Vereine und Parteien, die es vor 1933 gab, also ein Dach für unterschiedliche Gruppen und Strömungen. Das große Verdienst von CDU und CSU ist es, diese verschiedenen Gruppen austariert und eine gemeinsame Basis gefunden zu haben. Man nannte sich eben nicht CDP – Christlich Demokratische Partei – oder CSP – Christlich Soziale Partei, sondern Union. Insofern sind Arbeitgeberflügel und Arbeitnehmerflügel eben auch wesensnotwendig für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Allein in Bayern hat die CSA, die Christlich Soziale Arbeitnehmerschaft, über 4.500 Mitglieder. Die CSA ist genauso wie die CDA eine anerkannte Wirkungsstätte, die sich in alle Entscheidungen einbringt. Daher ist die Arbeitnehmergruppe, die nun ihr 65-jähriges Bestehen feiert, in unserer Fraktion ebenso wesensnotwendig.

Ins Wanken kam der Ausgleich von unternehmerischer Freiheit und sozialen Rechten zuletzt in der jüngsten großen Finanzkrise, der eine Weltwirtschaftskrise folgte. Falsch verstandene Deregulierung stand den Banken immer mehr Freiheit zu. Eine Freiheit, mit der viele Banken im globalen Wettbewerb nicht verantwortungsvoll umgingen. Staatliche Rettungsmaßnahmen und hohe Investitionen von Steuergeldern waren notwendig, um das Vertrauen in die Wirtschaft nicht noch weiter abzuschwächen. Zahlrei-

che Maßnahmen wurden ergriffen, um die negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise zu minimieren und eine Wiederholungsgefahr zu reduzieren. Viele Wirtschaftsvertreter wollten gern glauben, dass Boni keine Schuld an der Wirtschafts- und Finanzkrise trugen. Die Vergütungsstruktur gab aber mehr Anreize, kurzfristige Ziele zu erreichen, anstatt langfristig und nachhaltig zu agieren. Die Frage des gerechten Lohns wurde aktueller denn je. Zunächst auf nationaler Ebene, dann auf europäischer Ebene einigte man sich auf Beschränkungen im Finanzmarktsektor. Grundgehalt und Sonderzahlungen sollten in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Ein Grundstein des Arbeitslebens, auf die die Arbeitnehmergruppe in der Fraktion immer wieder aufmerksam macht.

Einfluss nehmen kann und darf die Arbeitnehmergruppe aber nicht nur auf Vorgaben für die, die Arbeit haben. Das christliche Menschenbild verpflichtet sie, weiter zu denken. Dies betrifft Themen wie die Rente genauso wie Steuern oder Sozialleistungen für Arbeitssuchende. Gerade die Altersvorsorge liegt der Arbeitnehmergruppe am Herzen. Die Alterssicherung in Deutschland ruht auf drei verlässlichen Säulen: der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente sowie der kapitalgedeckten betrieblichen und der privaten Altersvorsorge. Dank des beharrlichen Einsatzes der Arbeitnehmergruppe ist die tragende Säule die gesetzliche Rente; sie soll es auch in Zukunft bleiben. Rentenpolitik lebt von Verlässlichkeit und Kontinuität. Dabei gilt: Wer sich ein Leben lang bemüht hat, muss im Alter finanziell besser stehen als diejenigen, die nicht gearbeitet und sich nicht um ihre Altersvorsorge gekümmert haben.

Die soziale Marktwirtschaft mit ihren christlichen Wurzeln wird auch im Zuge der Veränderungen am Arbeitsmarkt ein Garant dafür sein, dass wir die großen Herausforderungen, wie die Flüchtlingskrise, stemmen können. Denn der demographische Wandel und die zunehmende Digitalisierung wird die Arbeitswelt weiter verändern. Größere Flexibilität bei Arbeitszeiten darf dabei nicht zu einer Einschränkung der Arbeitnehmerrechte führen. Zugleich dürfen wir den demographischen Wandel nicht als ein Problem kennzeichnen, sondern als eine Gestaltungsaufgabe. Bei diesen Herausforderungen wird die Arbeitnehmergruppe wie bisher weiter eine integrierende Kraft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sein, ein wesensnotwendiger Flügel. Ideenreichtum, Kraft, Geduld und Durchhaltevermögen mögen die Arbeitnehmergruppe auch in Zukunft begleiten, zum Wohle der Arbeitnehmer, zum Wohle der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, zum Wohle aller.

Nadine Schön MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU- Bundestagsfraktion



Arbeit 4.0 – den digitalen Wandel gestalten

Der digitale Wandel ist in unserem Berufsleben angekommen. Ohne Computer und Internet steht die Arbeit in vielen Betrieben still. Handwerker fertigen mit digitaler Hilfe Möbel. Autos durchlaufen bei der Fertigung automatisierte Produktstraßen. Wo sich früher Aktenberge türmten, steht heute in vielen Büros nur noch ein PC. Manch einer verzichtet komplett auf den stationären Arbeitsplatz und arbeitet nur mobil – im Zug, im Café, am Strand.

Fakt ist: Digitalisierung hat unsere Arbeitswelt bereits stark verändert. Mit der zunehmenden Vernetzung sowie dem Einsatz von Robotik, künstlicher Intelligenz und neuen Fertigungstechnologien wie 3-D-Druck nimmt der Grad der Individualisierung und Automatisierung weiter zu.

Viele Menschen fühlen sich durch diese Veränderungen verunsichert. Schreckgespenster wie leere Werkhallen und verwaiste Büros geistern durch die Köpfe. Zwar kann heute noch keiner genau sagen, wie sich die Digitalisierung auf die Anzahl und Qualität der Arbeitsplätze auswirken wird. Es ist jedoch davon auszugehen, dass viele monotone und automatisierbare Tätigkeiten wegfallen werden. Dieses Wissen schürt Ängste, die wir ernst nehmen müssen. So werden nach einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bis zum Jahr 2025 rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze wegfallen. Müssen wir angesichts dieser Prognosen in schiere Panik verfallen? Nein, das können und dürfen wir nicht. Und ich bin mir sicher: Wir müssen es auch nicht.

Denn Arbeit 4.0 schafft auch neue Arbeitsplätze und bisher völlig unbekannt Berufe. In den klassischen Unternehmen werden dort, wo Berufsbilder und Tätigkeiten wegfallen, neue entstehen. Das besagt auch die genannte Studie: Rund 1,5 Millionen neue Jobs werden bis 2025 geschaffen werden. Und auch neue Unternehmen schaffen neue Arbeitsplätze. Wir müssen also alles dafür tun, dass der Standort Deutschland sich für die Zu-

kunft rüstet: Die klassischen Unternehmen müssen sich digitalisieren und neue Firmen müssen entstehen.

Das ist in erster Linie natürlich Aufgabe der Unternehmer, die Trends erkennen und entsprechend reagieren müssen. Aber: Ein Betrieb ist immer nur so stark wie seine Mannschaft. Die Mitarbeiter müssen dazu befähigt werden, neue Aufgaben übernehmen zu können.

Uns Menschen kommt dabei eine wichtige Eigenschaft zu Gute: Wir sind von Natur aus neugierig. Diese natürliche Neugierde müssen wir uns erhalten, um fit für die Digitalisierung zu sein – ein Leben lang. Umfragen zufolge sind zwar 80 Prozent der Mitarbeiter angesichts des digitalen Wandels davon überzeugt, dass sie sich ständig weiterentwickeln müssen. Aber laut einer Bertelsmann-Studie nimmt nur jeder Achte mindestens einmal im Jahr an einer Weiterqualifizierungsmaßnahme teil. Wir brauchen daher mehr Bereitschaft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam, der Erkenntnis Taten folgen zu lassen.

Digitale Weiterbildung muss als zentrales Handlungsfeld der Bildungspolitik begriffen werden. Dafür brauchen wir entsprechende Angebote: mehr berufsbegleitende Studienangebote, mehr Teilzeitstudiengänge, mehr Angebote von Volkshochschulen, mehr digitale Schulung in den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten. Kluge Modelle wie duale Berufsausbildung, Bildungsurlaub oder Weiterbildungsakademien sind der Schlüssel zum Erfolg – und ein Gewinn für beide Seiten. Es muss Zeit und Geld in die Hand genommen werden. Gerade für den Mittelstand mit teils kleinen Belegschaften ein Mammutprojekt, aber unverzichtbar.

Ich bin überzeugt: Mit gut ausgebildeten Fachkräften werden wir es schaffen, dass unser erfolgreicher Mittelstand und die erfolgreichen Unternehmen auch die Geschäftsmodelle der Zukunft entwickeln und in Deutschland umsetzen können. So verlagert etwa der Sportartikelhersteller Adidas seine Produktion von Fernost wieder zurück nach Deutschland. Sein Argument: In der digital unterstützten Produktion des individuellen Schuhs für den Kunden steht nicht mehr Massenproduktion im Vordergrund, sondern Losgröße Eins. Und dafür braucht es das Knowhow vor Ort.

Diese Beispiel gibt es vermehrt und sie beweisen: Die Digitalisierung kann auch eine Chance für den Produktionsstandort Deutschland werden. Dieser Trend wird durch Zahlen belegt: So rechnet jedes zweite Unternehmen in den nächsten zehn Jahren laut des Digitalverbands Bitkom im Zuge der Digitalisierung mit mehr Jobs für gut ausgebildete Beschäftigte. Fach-

kräfte werden also weiterhin gesucht – ein gutes Signal für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich gerne auf Neues einlassen.

Doch damit nicht genug. Politik hat die Aufgabe schon viel früher anzusetzen, um unsere jungen Menschen fit zu machen für die Anforderung der Arbeitswelt von morgen. Digitale Bildung ist das Stichwort. Dabei geht es weniger um Anwenderwissen – das können die jungen Leute alleine. Vielmehr muss in den Schulen die Fähigkeit vermittelt werden, Probleme zu lösen und Kreativität zu entwickeln; gleiches gilt für die Vermittlung digitaler Kompetenzen. Dafür brauchen wir einen digitalen Bildungspakt quer durch die Gesellschaft:

Die Lehrerausbildung und Lehrpläne müssen an den digitalen Wandel anpassen werden.

Schüler brauchen ein Grundverständnis von Informatik und eine fächerübergreifende Vermittlung von Digitalkompetenz.

Die technische Ausstattung vieler Schulen und Hochschulen ist ausbaufähig. „Bring your own device“ müssen wir vorantreiben und rechtliche Hürden abbauen.

Eine Bildungscloud sollte an allen Schulen und Hochschulen zur Verfügung stehen.

Studiengänge müssen an die Digitalisierung angepasst werden; Universitäten müssen noch stärker inter- und transdisziplinär lehren.

Entrepreneuership gilt es zu stärken; Wir brauchen eine positive Einstellung zum Unternehmertum.

Fakt ist: An guten Ideen und Vorschlägen für eine zukunftsfähige digitale (Weiter-)Bildung mangelt es nicht. Bisher scheitert es zu häufig an der Umsetzung. Das muss sich ändern. Wir – der Staat, das Parlament, die Arbeitnehmergruppe, die Unternehmen, aber auch die Mitarbeiter – müssen gemeinsam den digitalen Wandel in der Arbeitswelt gestalten und zwar schnell. Und: Wir müssen Jeden auf diesem Weg mitnehmen.

Wir müssen die Menschen von den Vorteilen überzeugen: Wo Arbeitsprozesse digitalisiert werden, werden neue Freiräume gewonnen; die Konzentration auf die eigentliche Aufgabe nimmt zu. Arbeit 4.0 wird flexibler und unabhängiger vom Ort sein – gerade für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein großes Plus. Aber die Grenzen zwischen Freizeit und Job dürfen nicht verschwimmen. Der Schutz der Arbeitnehmer muss weiterhin im Mittelpunkt stehen, „Offline“-Zeiten müssen beispielsweise selbstver-

ständig sein. Zugleich stellen sich neue Anforderungen an die Flexibilität von Arbeitszeiten.

Nicht nur in dieser Debatte, bereits seit 65 Jahren leistet die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag einen wichtigen Beitrag, wenn es um die Rechte von Arbeitnehmern geht. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die bisher geleistete Arbeit und den Einsatz. Und ich bin mir sicher: Auch in den nächsten 65 Jahren können wir nicht auf die Arbeitnehmergruppe verzichten – gerade mit Blick auf die digitale Transformation und die sich daraus ergebenden Veränderungen für die Arbeit. Das Ziel ist und bleibt: Wir wollen gute Arbeit für alle Menschen. Die technische Revolution muss in den Dienst aller gestellt werden. Wir wollen gemeinsam den digitalen Wandel gestalten – für und mit den Menschen in unserem Land!

Elke Hannack, Stellv. DGB-Vorsitzende

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aus der Perspektive der Beschäftigten betrachten



65 Jahre Arbeitnehmergruppe: Dieses Jubiläum gilt es gebührend zu feiern, vor allem für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit der Arbeitnehmergruppe eine starke Fürsprecherin in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben. Meinen herzlichen Glückwunsch und Dank für eine gute und verlässliche Partnerin, wenn es um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht. Für die Zukunft wünsche ich mir als christlich-soziale Gewerkschafterin, dass wir uns weiterhin gemeinsam den drängenden Fragen widmen, die auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zukommen, auf uns Gewerkschaften gemeinsam als Sozialpartner mit den Arbeitgebern, aber auch auf die CDU, die CDA und die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Zeichen der Zeit werden heute in der CDU sehr unterschiedlich interpretiert. Das ist nicht überraschend, weil wir als CDU eine Volkspartei sind. Dennoch braucht es zu denjenigen, die meinen, dass nur die freie Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum um jeden Preis als Maßstab für politische Entscheidungen gelten, ein christlich-soziales Korrektiv. Es ist wichtig, dass arbeitsmarktpolitische und sozialpolitische Fragen aus der Perspektive der Beschäftigten nicht außen vor bleiben. Für uns als Christlich-Soziale stand immer der Mensch im Mittelpunkt unseres Handelns. Wir wollen Politik aus den Grundsätzen der christlichen Soziallehre heraus entwickeln und gestalten. Das muss auch für die Zukunft unser Maßstab für Politik sein. Es gibt Fehler aus der Vergangenheit, die wir korrigieren müssen und da gibt es Zukunftsfragen, die wir gleichermaßen angehen müssen.

Es gibt Politiker, Ökonomen, Institute und Interessenverbände, die in der Agenda 2010 bis heute die Initialzündung für die stabile Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation und Wirtschaftswachstum sehen. Wir erinnern uns alle an die damaligen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland. Es gab fünf Millionen Arbeitslose, kaum wirt-

schaftliches Wachstum, Deutschland schien schwerfällig und nicht mehr wettbewerbsfähig. Deutschland wurde vielfach als kranker Mann Europas bezeichnet. Dass Reformen nötig waren, ist eine Sache. Dass die Lösung Agenda 2010 hieß, die bis heute mit einem Satz so eng verbunden ist wie all ihre Folgen, die sie hervorgebracht hat, ist fatal und eines der bittersten Kapitel der jüngsten Geschichte. „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Die Herzstücke dieser Reformen bedeuten bis heute tiefe Einschnitte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner sowie erkrankte Menschen. Diese Politik hat vielen Menschen die Würde genommen. Nur mehr ein Jahr Arbeitslosenhilfe im Versicherungssystem, dann Hartz IV. Jeder legale Job ist anzunehmen. Arbeiten bis 67. Die verfassungsrechtlich verankerte Menschenwürde musste dem Druck weichen. Die Agenda 2010 war aus der Perspektive vieler Menschen nicht die Initialzündung für mehr Teilhabe an Wachstum und Wohlstand, sondern der Startschuss für den Auswuchs des bis heute größten Niedriglohnssektors in Europa. Die Agenda war der Startschuss für eine Vielzahl prekärer Beschäftigungsformen wie Minijobs, Leiharbeit, Werkverträge, befristete Arbeitsverträge. Durch den Mindestlohn konnten wir ein Korrektiv erstreiten um Arbeit wieder einen Preis und Menschen ihre Würde zurückzugeben. Der Mindestlohn verhindert die unteren Auswüchse dieser prekären Beschäftigungsformen. Die Arbeitnehmergruppe konnte hier und bei anderen Korrekturen wie der Rente nach 45 Beitragsjahren als strategischer Partner im Parlament wertvolle Unterstützung leisten, die wir auch in der kommenden Zeit brauchen werden, um Fehlentwicklungen und soziale Verwerfungen auszumerzen.

Aber unser Anspruch für die Zukunft kann nicht sein, dass wir nur Reformen reparieren und korrigieren. Wir brauchen eine gute Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir brauchen Antworten auf die großen Fragen und Umbrüche unserer Zeit unter Berücksichtigung der Parameter Globalisierung, Digitalisierung und demografischem Wandel. Wir werden Entwicklungen nicht zurückdrehen können. Es wird so sein, dass auch in Zukunft Unternehmen global operieren, weltweit Handel betreiben und weltweit Produktionsstandorte betreiben. Es wird auch in Zukunft so sein, dass zumindest ein Teil unserer Arbeitsplätze sich mehr und mehr mit zunehmendem Einfluss der Digitalisierung verändern. Wir werden auch die gesellschaftliche Entwicklung des demografischen Wandels nicht umkehren können. Wir - das sind Politik und Sozialpartner - haben aber für all diese

Entwicklungen aber einen klaren Gestaltungsauftrag. Dabei können wir uns nicht erlauben, die Weichen für die Zukunft ohne die Interessen der Menschen zu stellen. „Sozial ist, was Arbeit schafft“ darf sich nicht wiederholen, Arbeit um jeden Preis nicht der einzige Maßstab sein. Die Arbeitswelt menschenwürdig zu gestalten, das ist das gemeinsame Ziel von Christlich-Sozialen und Gewerkschaften.

Wenn wir unseren Gestaltungsauftrag in gute Politik in aktuellen Fragen umsetzen, bedeutet das nicht, internationale Handelsabkommen oder weltweite Produktion per se abzulehnen. Es bedeutet aber, dass wir Arbeitnehmerrechte und Schutzrechte anpassen und übertragen müssen. Das gilt ebenso für die Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten. Genauso darf es nicht sein, dass die Mitbestimmung im Zuge des globalen Handelns unter die Räder kommt. Unter dem Druck von Globalisierung und Digitalisierung werden wir die Mitbestimmung weiterentwickeln müssen, damit auch in Zukunft für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Chance besteht, ihre Arbeitswelt mitzugestalten. National, europäisch und international. Das ist nicht nur ein Anliegen der Gewerkschaften, das muss auch ein Anliegen der Christlich-Sozialen in der CDU sein.

Wenn wir unseren Gestaltungsauftrag für menschenwürdige Arbeit in Zukunft wahrnehmen wollen, brauchen wir eine Möglichkeit, Tarifverträge leichter im öffentlichen Interesse für allgemeinverbindlich erklären zu können. Das sichert faire Löhne mit guten Arbeitsbedingungen und sorgt für fairen Wettbewerb. Wir brauchen auch weiterhin unsere Arbeitszeit - und Schutzgesetze. Das sind Errungenschaften, auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertrauen können. Wir haben als Gewerkschaften lange dafür gestritten, dass es einen 8-Stunden-Tag und Ruhepausen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt. Diese dürfen nicht um jeden Preis unter dem Vorwand wirtschaftlichen Wachstums und von mehr Flexibilität geopfert werden. Der richtige Weg ist, den Fortschritt für eine moderne Arbeitswelt zu nutzen, ohne die Interessen der Beschäftigten nicht aus dem Auge zu verlieren.

Wenn es darum geht, sich aktuellen Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anzunehmen, Fragen und soziale Verwerfungen dieser Zeit aufzunehmen, war und ist die Arbeitnehmergruppe zuverlässige Ansprechpartnerin. Für diesen guten und konstruktiven, partnerschaftlichen Dialog, den wir auch in Zukunft brauchen werden, sind wir Gewerkschaften sehr dankbar. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen eine

starke christlich-soziale Stimme innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, damit die CDU auch in Zukunft politische Heimat für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist.

Peter Clever, Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)



Sozialpartnerschaft macht stark

Seit sechseinhalb Jahrzehnten ist Sozialpartnerschaft das Leitthema der Arbeitnehmergruppe. Christlich-Soziale und Arbeitgebervertreter waren sich nach dem Krieg einig im Bekenntnis zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Zugleich verstanden beide Wettbewerb und Marktwirtschaft nicht als Selbstzweck, sondern als Elemente einer Wirtschaftsverfassung, der sozialer Ausgleich und Teilhabe der Beschäftigten innewohnt.

Das Prinzip der Sozialpartnerschaft ist die Brücke, die wirtschaftlichen Erfolg und soziale Gerechtigkeit zusammenführt. Sie funktioniert, weil sie Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch gemeinsame Verantwortung für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und sozialen Ausgleich in die Pflicht nimmt und das Streben nach unternehmerischer Freiheit mit dem menschlichen Bedürfnis nach Wertschätzung durch Arbeit verknüpft. Das Prinzip ist so viel wert, wie es durch die Haltung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer mit ihren jeweiligen Interessenvertretern gelebt wird. Es wirkt nicht nur als Mechanismus des sozialen Ausgleichs, sondern auch als wesentlicher Faktor für die hohe Motivation der Arbeitnehmer und für die Leistungs- und Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.

Es gab allerdings auch Zeiten, in denen die notwendige Balance zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialem Ausgleich dauerhaft aus den Fugen zu geraten drohte – als Massenarbeitslosigkeit immer mehr Menschen von der Teilhabe durch Arbeit ausschloss und die sozialen Sicherungssysteme strangulierte. Die Probleme gingen von strukturellen Fehlentwicklungen in Wirtschaft und Arbeitsmarkt aus und wurden durch die unmittelbaren ökonomischen Folgen der Wiedervereinigung vor allem in Ostdeutschland verschärft. Ein überbordender, wenig effektiver Sozialstaat bedurfte in dieser Phase einer angemessenen Korrektur, weil er kaum noch auf Hilfen zur Selbsthilfe setzte, sondern sich mit millionenfacher, durch

Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe alimentierter Arbeitslosigkeit abzufinden schien, .

Es war Wolfgang Vogt, ein wirklich charismatischer Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe, der Mitte der 90er Jahre Reformvorschläge entwickelte, die auch die Ursachen der Krise ins Visier nahmen. Vogt, gelernter Volkswirt, der Walter Euckens Schriften gut kannte, sah, dass die Massenarbeitslosigkeit die soziale Ordnung gefährdete. Für seine Reformstrategie, die neben einer Rückkehr zur produktivitätsorientierten Tarifpolitik auch die konsequente Begrenzung der Sozialabgaben und eine „aktivierende“ Gesellschaftspolitik vorsah, fand er die Überschrift „Sozial ist, was Beschäftigung schafft“. Der Satz gehört heute zum Common Sense in der Union und auch in Teilen der SPD. 1997 stiegen aber leider viele Kollegen der CDU-Sozialausschüsse, vor allem in den Betriebsgruppen und Gewerkschaften, gegen diese Sichtweise moderner und zukunftsorientierter Sozialpolitik auf die Barrikaden.

Vogt war ein unabhängiger Denker, er ließ sich nicht verbiegen. Sein Wirken sagt viel über die besondere Rolle der Arbeitnehmergruppe aus. Sie ist freier als die Gewerkschaften, die in ihrem politischen Handeln naturgemäß stärker an Beschlüsse ihrer Mitglieder, organisationspolitische Eigeninteressen und an tarifpolitische Leitlinien gebunden sind. Die sich davon abgrenzende, wohltuende Freiheit der Arbeitnehmergruppe birgt vor allem die große Chance, in der Sozial- und Gesellschaftspolitik neue Wege zu gehen.

Die Entwicklung nach der Jahrtausendwende gab jenen Recht, die – wie Vogt – ausgehend von der Idee der Sozialpartnerschaft parteiübergreifend für strukturelle Reformen des Sozialstaates kämpften. So hat die spätere Agenda 2010 – beschlossen und durchgesetzt unter Rot-Grün – wesentlichen Anteil daran, dass wir heute, im Sommer 2017 nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und trotz einschneidender internationaler Konflikte so stark dastehen. Wir haben den höchsten Beschäftigungsstand und die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Unsere Steuereinnahmen steigen von Rekord zu Rekord. Erstmals seit Jahrzehnten haben wir keine Neuverschuldung – ein Meilenstein in Richtung Generationengerechtigkeit. Die Reallöhne steigen ebenfalls, wir erleben die stärksten Rentenerhöhungen seit 1993, und es gibt zudem in unserem Land weit weniger Armut als in den allermeisten Staaten.

Aber bei allem Stolz auf das Erreichte, wir müssen auf der Hut bleiben. Die digitale Revolution, die fortschreitende Globalisierung sowie die rapide Alterung unserer Gesellschaft stellen enorme, bleibende Anforderungen an die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir können diesen Anforderungen nur gerecht werden, wenn wir über den nationalen Tellerrand hinausschauen.

Wir stehen heute an einem Punkt der Entscheidung: Überlassen wir die globale Zukunft den beiden Supermächten China und USA, oder spielen wir über die europäische Einigung mit unseren Werten und Prinzipien auch künftig in der Welt eine prägend mitgestaltende Rolle. Meine Antwort ist eindeutig: Die Welt braucht ein starkes, aktives Europa! Mit unseren historisch gewachsenen, vom christlichen Menschenbild geprägten Werten können wir Europäer einen Beitrag leisten, der auch für andere Regionen und Kulturen bedenkenswert ist, weil er helfen könnte, große wirtschaftliche und soziale Probleme nachhaltig anzugehen, zu schmälern oder partiell auch zu lösen. Gerade das Prinzip der Sozialpartnerschaft ist Teil unserer deutschen und europäischen Tradition, und dennoch ist es auch universell: Überall auf der Welt streben Menschen nach unternehmerischer Freiheit und nach Wertschätzung durch Arbeit. In allen Kulturen besteht das urmenschliche Bedürfnis, partnerschaftlich und fair an den Erträgen des Wirtschaftens teilzuhaben.

Für die soziale Sicherung und die Sozialpartnerschaft bei uns in Deutschland wird langfristig entscheidend sein, wie wir den demographischen Veränderungen begegnen. Wir haben nach Japan die älteste Bevölkerung der Welt. Bis 2030 könnte die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter um sechs Millionen sinken. Die Folge wäre der ökonomische und soziale Abstieg unseres Landes. Um dieser Gefahr entgegenzusteuern, müssen wir alle Potenziale für den Arbeitsmarkt ausschöpfen. Keiner darf außen vor bleiben – das ist eben nicht nur ethischer Imperativ, sondern auch und gerade eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Vor allem müssen wir auf dem Weg zur „Bildungsrepublik Deutschland“ schneller vorankommen. Bildungsschranken abbauen, beste Startchancen ermöglichen auch und gerade für jene, die in sozialen Brennpunkten und bildungsfernen Familien aufwachsen – das ist die gesellschaftspolitische Aufgabe Nummer eins. Unzureichende Bildung und Qualifizierung ist hingegen eine Rutschbahn in Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Ausgrenzung und persönliche Frustration. Deshalb gilt: Nicht großspurig geforderte weitere Umverteilung, sondern bestmögliche Bildung für alle ist die rich-

tige Antwort auf die Soziale Frage im 21. Jahrhundert. Nur so ermöglichen wir allen, selbstbestimmt zu leben und an Wirtschaft und Gesellschaft teilzuhaben. Die Arbeitnehmergruppe kann in dieser Grundorientierung fest auf die Unterstützung der deutschen Arbeitgeber bauen.

Peter Weiß MdB, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Politik für Wohlstand und Eigentumsbildung

Am Dreikönigstag 1952 fand in Königswinter das erste Treffen der „Arbeitnehmerabgeordneten“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion statt. In den darauffolgenden 65 Jahren hat die Arbeitnehmergruppe die Sozial- und Wirtschaftsordnung in Deutschland maßgeblich mitverantwortet. Für sie ist Politik stets mehr als nur der Ausgleich von Interessen. Wir treten für ein Menschenbild ein, das geprägt ist von den Grundsätzen der Christlichen Sozialethik bzw. Soziallehre als einer der drei geistesgeschichtlichen Wurzeln der Unionsparteien und der korrespondierenden Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Dieser Kompass ist Voraussetzung dafür, Politik in großen Linien - und damit auch für künftige Generationen - gestalten zu können.

Vor 60 Jahren stellte sich die CDU auf einem Bundesparteitag in Hamburg am 14. Mai 1957 für den Bundestagswahlkampf 1957 auf. In der Debatte über „Fragen der inneren Ordnung Deutschlands“, wie es offiziell hieß, ging es um zwei Schwerpunkte. Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der Vater des Wirtschaftswunders, referierte über „Wohlstand für alle“. Einen weiteren Akzent setzte Karl Arnold, erster Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens und damals Stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender, mit seinem Vortrag zum Thema „Eigentum für jeden“. Diese beiden Überschriften stehen als Leitsätze bis heute für das unverwechselbare Profil der Volksparteien CDU und CSU.

Bei der Bundestagswahl 1957 gelang es der Union auch dank dieser Themensetzung, die absolute Mehrheit zu erringen. Hinzu kam, dass Konrad Adenauer rechtzeitig erkannt hatte, dass die Kluft zwischen Aktiven und Rentnern der Wirtschaftswunderzeit immer größer wurde und die gesellschaftliche Akzeptanz für diese wachsende Schieflage zusehends schwand. Zum Jahresbeginn 1957 wurde die dynamische und lebensstandardsichernde Rente eingeführt.

Auch in anderen Politikfeldern hat sich die Arbeitnehmergruppe immer wieder als Motor für zahlreiche wichtige sozialpolitische Weichenstellungen in der Bundesrepublik erwiesen: Von der Mitbestimmung über den Mutterschutz, das Kindergeld, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und das Berufsbildungsgesetz bis hin zum Erziehungsgeld und zur Pflegeversicherung als fünfte Säule der Sozialversicherung. Namen einflussreicher christlich-sozialer Politiker wie Jakob Kaiser, Johannes Albers, Hans Katzer, Norbert Blüm, Heiner Geißler, Ulf Fink oder Karl-Josef Laumann sind untrennbar mit der Geschichte der Union und der Sozialpolitik der Bundesrepublik verbunden.

Auch in jüngerer Vergangenheit unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel gibt die Arbeitnehmergruppe wichtige Anstöße für die Arbeit CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sie trägt damit entscheidend dazu bei, die Grundlagen für unseren Wohlstand und den Zusammenhalt der Gesellschaft in Deutschland zu sichern und auszubauen. Mit der Einführung des tariflichen Mindestlohns hat die Arbeitnehmergruppe erfolgreich einen Beschluss des Leipziger Parteitages 2011 der CDU Deutschlands umgesetzt und eine robuste Lohnuntergrenze in Deutschland eingeführt, um einem schädlichen Lohnwettbewerb zu Lasten der Arbeitnehmer und Unternehmer in Deutschland entgegenzuwirken. Und auch in der Familien-, Pflege- und Rentenpolitik konnten in den vergangenen vier Jahren richtungsweisende Gesetze auf den Weg gebracht werden.

Nicht der Kapitalismus und auch nicht der Sozialismus haben die Entwicklung des deutschen Sozialstaates im 20. Jahrhundert geprägt. Vielmehr war es die christliche Soziallehre in Deutschland und mit ihr das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, die als Erfolgskonzept die Freiheit auf der einen Seite mit der Sicherheit auf der anderen Seite verbunden hat. Daher wird im 21. Jahrhundert die christliche Soziallehre der Maßstab der politischen Entscheidungen der Arbeitnehmergruppe bleiben.

Mit den gesellschaftlichen Megatrends „Digitalisierung, Globalisierung und demographischen Wandel“ warten in den kommenden Jahren große Herausforderungen auf die Gesellschaft und die Arbeit der Arbeitnehmergruppe. Wenn wir die sich aus diesen Entwicklungen ergebenden Chancen wirkungsvoll nutzen wollen, müssen auch die damit verbundenen Risiken von uns glaubwürdig angesprochen werden. Denn nur so können wir den Menschen in einer sich wandelnden Arbeitswelt gleichermaßen das Gefühl von Sicherheit wie von Freiheit geben.

Mit Sorge betrachten wir in dieser Zeit an manchen Stellen die Erosion wesentlicher Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft. Die trotz flexiblerer Tarifverträge zurückgehende Tarifbindung darf uns nicht ruhen lassen. Ein sagenhafter Erfindungsreichtum mancher Unternehmen, wenn es darum geht, Löhne zu drücken oder Verpflichtungen des Arbeitsschutzes und des Sozialversicherungsrechts zu umgehen, erfordert unsere entschlossene Antwort. Die meisten Unternehmen verhalten sich zwar immer noch verantwortungsbewusst. Diese und ihre Beschäftigten müssen wir aber schützen. Denn die „schwarze Schafe“ verzerren mit ihrem Vorgehen den Wettbewerb.

Eine besondere Herausforderung, nicht nur für die Politik, sondern vor allem auch für die Gewerkschaften, stellt die offenkundige Entfremdung der Beschäftigten in der sich formierenden digitalen Welt gegenüber unseren sozialstaatlichen Errungenschaften dar. Der zum Teil verwurzelte Glaube zu Beginn eines Erwerbslebens, „diese ganzen Schutznormen“ nicht nötig zu haben, steht die reale betriebliche Wirklichkeit über die gesamte Dauer eines Arbeitslebens entgegen. So kann es für einen jungen Menschen durchaus verlockend sein, flexibel und bis abends spät zu arbeiten. Mittel- bis langfristig erhöht sich jedoch durch die fehlende Einhaltung von Ruhezeiten das Risiko einer beruflichen Überlastung mit gesundheitlichen Folgewirkungen. Ebenso verändern sich mit zunehmenden Alter auch die Bedürfnisse an einen Arbeitsplatz. Die Sicherheit eines Arbeitsplatzes, eine gute Bezahlung sowie eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf rücken stärker in den Vordergrund, während beispielsweise ein besonders „hippe“, „coole“ und „spaßige“ Arbeitsklima in einem Start-up-Unternehmen an Wertigkeit für die eigene berufliche Entwicklung verliert. Es droht aber auch noch eine ganz andere berufliche Realität, die daraus besteht, auf weltweiten Plattformen ganz ohne sozialen Schutz im selbstausbeuterischen Wettbewerb IT-Dienstleistungen anzubieten.

Als Arbeitnehmergruppe sind wir von der Notwendigkeit einer funktionierenden Sozialpartnerschaft überzeugt. Tarifautonomie und Mitbestimmung in den Betrieben füllen gesetzgeberisches Handeln aus und können dieses auch erübrigen, schützen die Beschäftigten und sorgen für den ökonomischen Erfolg. Damit sind sie die Grundpfeiler des sozialen Zusammenhalts und Garanten des Wohlstands in Deutschland. Die Stärkung der Sozialpartnerschaft wird – so wie Erhalt und Weiterentwicklung unseres von uns mit geschaffenen leistungsfähigen Sozialstaats – deshalb in den

kommenden Jahren eine besondere Herausforderung für die Arbeitnehmergruppe sein.

Mit Zuversicht, Einsatzfreude und Leidenschaft werden wir uns auch zukünftig für eine Politik einsetzen, die den Wohlstand in unserem Land sichert und ausbaut. Eine starke Wirtschaft und ein handlungsfähiger Sozialstaat sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Nur zusammen können sie für Wachstum, Wohlstand und sichere Jobs sorgen.



Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V.
Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)
Johannes-Albers-Allee 3
53639 Königswinter
Tel.: 02223 / 73 119
www.azk.de